-

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Entschädigungsklage bei überlanger Verfahrensdauer
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

2. Instanz

Aktenzeichen	L 37 SF 71/22 EK SO
Datum	20.01.2023

3. Instanz

Datum	11.06.2024

Â

Die Revision der KlÃ¤gerin gegen das Urteil des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 20.Â Januar 2023 wird zurÃ¼ckgewiesen.

Die KlÃ¤gerin trÃ¤gt die Kosten des Revisionsverfahrens.

Der Streitwert wird auf 500Â Euro festgesetzt.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

1
Die KlÃ¤gerin begehrt von dem beklagten Land eine weitere EntschÃ¤digung in Geld von mindestens 500Â Euro wegen unangemessener Dauer einer vor dem SG

Berlin (Ausgangsgericht) gefÃ¼hrten UntÃ¤tigkeitsklage.

2
Im Februar 2020 erhob die KlÃ¤gerin gegen den damaligen Beklagten eine UntÃ¤tigkeitsklage vor dem Ausgangsgericht auf Bescheidung ihres Widerspruchs gegen einen die GewÃ¤hrung von Leistungen der Sozialhilfe ablehnenden Bescheid von September 2019. Nach wechselseitigen Stellungnahmen der Beteiligten wies das Ausgangsgericht im MÃ¤rz 2020 auf einen bereits im Dezember 2019 ergangenen Abhilfebescheid hin und verfÃ¼gte eine Wiedervorlage auf Ende April 2020 mit dem Hinweis â□□Coronaâ□□. Der ProzessbevollmÃ¤chtigte der KlÃ¤gerin hielt an seiner Behauptung fest, Widerspruch fÃ¼r die KlÃ¤gerin eingelegt zu haben, und rÃ¼gte die unterbliebene Kostenentscheidung durch den damaligen Beklagten. Im August bzw Oktober 2020 erklÃ¤rten die Beteiligten ihr EinverstÃ¤ndnis mit einer Entscheidung ohne mÃ¼ndliche Verhandlung. Die KlÃ¤gerin erhob im Dezember 2021 VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge. Im MÃ¤rz 2022 verurteilte das Ausgangsgericht den damaligen Beklagten zur Bescheidung des Widerspruchs und zur Erstattung der notwendigen auÃ□ergerichtlichen Kosten der KlÃ¤gerin. Das Urteil wurde den Beteiligten im April 2022 zugestellt.

3
Im Anschluss hat die KlÃ¤gerin beim LSG als EntschÃ¤digungsgericht Prozesskostenhilfe (PKH) fÃ¼r eine EntschÃ¤digungsklage in HÃ¶he von mindestens 1400Â Euro beantragt. Das Ausgangsgericht sei 20Â Monate untÃ¤tig geblieben. Unter BerÃ¼cksichtigung einer Vorbereitungs- und Bedenkzeit von sechs Monaten stehe ihr die geltend gemachte EntschÃ¤digung zu. Daraufhin hat der Beklagte im Mai 2022 eine EntschÃ¤digung in HÃ¶he von 800Â Euro anerkannt.

4
Nach Bewilligung von PKH in HÃ¶he von 600 Euro hat die KlÃ¤gerin im August 2022 EntschÃ¤digungsklage erhoben und eine weitere EntschÃ¤digung in mindestens dieser HÃ¶he beantragt. Das LSG als EntschÃ¤digungsgericht hat die Klage abgewiesen. Der KlÃ¤gerin stehe keine weitere EntschÃ¤digung zu. Das Ausgangsverfahren sei fÃ¼r die KlÃ¤gerin von unterdurchschnittlicher Bedeutung gewesen und weise eine allenfalls durchschnittliche Schwierigkeit und KomplexitÃ¤t auf. Es sei in 17Â Kalendermonaten zu gerichtlicher InaktivitÃ¤t gekommen. Etwaige wÃ¤hrend der ersten Corona-Welle in der Zeit zwischen MÃ¤rz und Mai 2020 aufgetretene Phasen gerichtlicher InaktivitÃ¤t im Sitzungsbetrieb oder im allgemeinen GeschÃ¤ftsstellenablauf seien generell keine dem Ausgangsgericht zuzurechnenden VerzÃ¶gerungszeiten; im Fall der KlÃ¤gerin seien ohnehin nur die Monate April und Mai 2020 von gerichtlichen VerzÃ¶gerungen betroffen gewesen. AbzÃ¼glich der dem Ausgangsgericht fÃ¼r eine UntÃ¤tigkeitsklage zuzubilligenden Vorbereitungs- und Bedenkzeit von sechs Monaten verbleibe eine Ã□berlÃ¤nge von elf Kalendermonaten. Eine Wiedergutmachung auf andere Weise als durch eine GeldentschÃ¤digung scheide zwar aus. Wegen der unterdurchschnittlichen Bedeutung des Ausgangsverfahrens und der nicht ersichtlichen Nachteile fÃ¼r die KlÃ¤gerin sei aber eine Halbierung des gesetzlichen Pauschbetrags angemessen. Die sich danach ergebende EntschÃ¤digung von 550Â Euro sei durch die vom Beklagten bereits gewÃ¤hrte EntschÃ¤digung von 800Â Euro mehr als erfÃ¼llt

(Urteil vom 20.1.2023).

5
Mit ihrer Revision rÃ¼gt die KlÃ¤gerin eine Verletzung von Â§Â 198 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG). Ihr stehe noch ein Anspruch in HÃ¶he von mindestens weiteren 500Â Euro zu. Es sei ihr mit der Klage (zunÃ¤chst) um die Bescheidung ihres Widerspruchs gegangen und erst â□□nach RechtshÃ¤ngigkeit der UntÃ¤tigkeitsklageâ□□ um die Kosten des erfolgreichen Widerspruchs. Diese seien fÃ¼r sie nicht von unterdurchschnittlicher Bedeutung. Denn sie sei auf Sozialhilfe angewiesen. Sie habe ein Interesse daran gehabt, dass ihr BevollmÃ¤chtigter zeitnah vergÃ¼tet werde, weil dieser seine nach erfolgreichem Abschluss des Widerspruchsverfahrens fÃ¤llig gewordene Honorarforderung nicht auf unbestimmte Zeit aufgeschoben hÃ¤tte. In Zeiten des elektronischen Rechtsverkehrs erschlieÃ□e sich nicht, weshalb den Gerichten wÃ¤hrend der ersten Corona-Welle zwischen MÃ¤rz und Mai 2020 generell keine VerzÃ¶gerungszeiten zuzurechnen seien. SchlieÃ□lich sei auch die Halbierung des Pauschbetrags mangels eines insoweit erforderlichen Ausnahmefalls nicht gerechtfertigt.

6
Die KlÃ¤gerin beantragt schriftsÃ¤tzlich sinngemÃ¤Ã□,
das Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 20.1.2023 aufzuheben und den Beklagten zu verurteilen, ihr wegen Ã¼berlanger Dauer des vor dem SG Berlin unter dem Aktenzeichen SÂ 146 SO 174/20 gefÃ¼hrten Klageverfahrens eine EntschÃ¤digung von mindestens weiteren 500Â Euro nebst Zinsen in HÃ¶he von fÃ¼nf Prozentpunkten Ã¼ber dem Basiszinssatz ab RechtshÃ¤ngigkeit zu zahlen.

7
Der Beklagte beantragt,
die Revision zurÃ¼ckzuweisen.

8
Er verteidigt das angefochtene Urteil.

II

9
Die zulÃ¤ssige Revision der KlÃ¤gerin ist unbegrÃ¼ndet und daher zurÃ¼ckzuweisen (Â§Â 170 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG). Das EntschÃ¤digungsgericht hat zu Recht entschieden, dass der KlÃ¤gerin Ã¼ber die vom Beklagten anerkannten 800Â Euro hinaus kein weiterer Anspruch auf GeldentschÃ¤digung wegen unangemessener Dauer der vor dem Ausgangsgericht gefÃ¼hrten UntÃ¤tigkeitsklage nach Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 1 GVG zusteht.

10
A.Â Gegenstand des Revisionsverfahrens ist das Urteil des EntschÃ¤digungsgerichts, mit dem es einen Anspruch auf weitere EntschÃ¤digungszahlung wegen Ã¼berlanger Dauer des vor dem Ausgangsgericht gefÃ¼hrten Verfahrens verneint hat. Die KlÃ¤gerin hat den Streitgegenstand des

Revisionsverfahrens nach ihrem schriftsÃ¤tzlich gestellten Antrag zulÃ¤ssig auf nur noch â□□mindestensâ□□ weitere 500Â Euro begrenzt (vgl zur ZulÃ¤ssigkeit eines solchen Antrags BSG Urteil vom 13.12.2018 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 4/16Â RÂ â□□ SozR 4-1500 Â§Â 92 NrÂ 5 RdNrÂ 14 mwN).

11
B.Â Die zulÃ¤ssige EntschÃ¤digungsklage der KlÃ¤gerin ist unbegrÃ¼ndet. Ihr steht kein weiterer Anspruch auf GeldentschÃ¤digung Ã¼ber die bereits vom Beklagten geleisteten 800Â Euro hinaus zu.

12
Nach Â§Â 202 SatzÂ 2 SGG iVm Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 1 und AbsÂ 3 SatzÂ 1 GVG (in der seither unverÃ¤nderten Fassung des Gesetzes Ã¼ber den Rechtsschutz bei Ã¼berlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren vom 24.11.2011, BGBlÂ I 2302) wird angemessen entschÃ¤digt, wer infolge unangemessener Dauer eines Gerichtsverfahrens einen Nachteil erleidet, wenn er zuvor bei dem mit der Sache befassten Gericht die Dauer des Verfahrens gerÃ¼gt hat.

13
Zwar hat die KlÃ¤gerin nach Â§Â 198 AbsÂ 3 SatzÂ 2 HalbsatzÂ 1 GVG wirksam VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge erhoben (dazu unter 1.). Das Ausgangsverfahren weist auch eine entschÃ¤digungspflichtige Ã□berlÃ¤nge von elf Monaten auf (dazu unter 2.). Offenbleiben kann, ob dafÃ¼r Wiedergutmachung auf andere Weise nach Â§Â 198 AbsÂ 2 SatzÂ 2 iVm AbsÂ 4 SatzÂ 1 GVG als durch GeldentschÃ¤digung ausgereicht hÃ¤tte. Jedenfalls ist es revisionsrechtlich nicht zu beanstanden, dass das EntschÃ¤digungsgericht den nach Â§Â 198 AbsÂ 2 SatzÂ 3 GVG vorgesehenen Pauschbetrag gemÃ¤Ã□ Â§Â 198 AbsÂ 2 SatzÂ 4 GVG auf die HÃ¤lfte abgesenkt hat (dazu unter 3.). Aufgrund der vom Beklagten bereits vorgerichtlich geleisteten GeldentschÃ¤digung verbleibt fÃ¼r die KlÃ¤gerin kein darÃ¼ber hinaus gehender Anspruch auf GeldentschÃ¤digung wegen der Ã□berlÃ¤nge des Ausgangsverfahrens (dazu unter 4.).

14
1. Die KlÃ¤gerin hat beim Ausgangsgericht am 23.12.2021 wirksam VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge erhoben. EntschÃ¤digung erhÃ¤lt ein Verfahrensbeteiligter nach Â§Â 198 AbsÂ 3 SatzÂ 1 GVG nur, wenn er bei dem Ausgangsgericht die Dauer des Verfahrens gerÃ¼gt hat. Die VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge kann erst erhoben werden, wenn Anlass zur Besorgnis besteht, dass das Verfahren nicht in angemessener Zeit abgeschlossen wird (Â§Â 198 AbsÂ 3 SatzÂ 2 HalbsatzÂ 1 GVG). Eine solche Besorgnis der VerzÃ¶gerung lag aus der maÃ□geblichen ex-ante Perspektive eines verstÃ¤ndigen RÃ¼gefÃ¼hrers hier vor (vgl hierzu nÃ¤her BSG Urteil vom 9.3.2023 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 2/21Â RÂ â□□ SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 23 RdNrÂ 28Â f). Denn zum Zeitpunkt der Erhebung der VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge im Dezember 2021 dauerte das Verfahren bereits 22 Monate, und dem Ausgangsgericht lagen seit etwa 14Â Monaten die EinverstÃ¤ndniserklÃ¤rungen der Beteiligten zur Entscheidung ohne mÃ¼ndliche Verhandlung vor, ohne dass eine Entscheidung fÃ¼r die KlÃ¤gerin absehbar war.

15
2. Die Angemessenheit der Dauer eines sozialgerichtlichen Verfahrens ist nach stÃ¤ndiger Rechtsprechung des BSG in drei Schritten zu prÃ¼fen (zB BSG Urteil vom 26.10.2023 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 1/22Â RÂ â□□ zur VerÃ¶ffentlichung in SozRÂ 4 vorgesehen â□□Â juris RdNrÂ 28; BSG Urteil vom 24.3.2022 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 4/21Â RÂ â□□ BSGE 134, 32 =Â SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 21, RdNrÂ 15Â ff).

16
Hiervon ausgehend weist das Ausgangsverfahren eine Verfahrensdauer von 27Â Kalendermonaten auf (dazu unter a). Zu Recht hat das EntschÃ¤digungsgericht dem Ausgangsgericht eine InaktivitÃ¤tszeit von 17 Kalendermonaten zugerechnet (dazu unter b). AbzÃ¼glich einer Vorbereitungs- und Bedenkzeit des Ausgangsgerichts von sechs Kalendermonaten fÃ¼r die UntÃ¤tigkeitsklage verbleibt eine entschÃ¤digungspflichtige Ã□berlÃ¤nge von elf Kalendermonaten (dazu unter c).

17
a) Die im ersten Schritt der AngemessenheitsprÃ¼fung zu ermittelnde Gesamtdauer des Ausgangsverfahrens betrÃ¤gt nach den Feststellungen des EntschÃ¤digungsgerichts 27Â Kalendermonate. Der Zeitraum vom Eingang der UntÃ¤tigkeitsklage im Februar 2020 bis zur Zustellung des Urteils des Ausgangsgerichts an die Beteiligten im April 2022 umfasste 27Â Kalendermonate (vgl Â§Â 198 AbsÂ 6 NrÂ 1 HalbsatzÂ 1 GVG). Bei der Bestimmung der Gesamtdauer des Ausgangsverfahrens ist der Monat miteinzubeziehen, in dem die Klage beim Ausgangsgericht einging, und der Monat, in dem das Ausgangsverfahren mit der Zustellung des Urteils abgeschlossen wurde (vgl BSG Urteil vom 21.3.2024 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 1/23Â RÂ â□□ zur VerÃ¶ffentlichung in SozRÂ 4 vorgesehen â□□Â juris RdNrÂ 30 mwN).

18
b) Entgegen der Ansicht der KlÃ¤gerin hat das EntschÃ¤digungsgericht im Rahmen des zweiten Schritts der AngemessenheitsprÃ¼fung zu Recht nach MaÃ□gabe des Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 2 GVG unter BerÃ¼cksichtigung der dort genannten Kriterien und der ProzessfÃ¼hrung des Ausgangsgerichts 17Â Kalendermonate gerichtlicher InaktivitÃ¤t angenommen.

19
Zutreffend ist das EntschÃ¤digungsgericht von einer nur unterdurchschnittlichen Bedeutung (dazu unter aa) und einem allenfalls durchschnittlichen Schwierigkeitsgrad des Ausgangsverfahrens ausgegangen (dazu unter bb). Das EntschÃ¤digungsgericht hat InaktivitÃ¤tszeiten des Ausgangsgerichts im Juli, November und Dezember 2020 sowie Januar 2021 bis Februar 2022 festgestellt. Diese 17 Monate der InaktivitÃ¤t des Ausgangsgerichts stehen zu Recht zwischen den Beteiligten auÃ□er Streit. Weitere InaktivitÃ¤tszeiten des Ausgangsgerichts sind nicht anzunehmen, und zwar weder die Monate April und Mai 2020 wÃ¤hrend der ersten Welle der Corona-Pandemie noch der September 2020 (dazu unter cc). Da die vorgerichtliche EntschÃ¤digungszahlung des Beklagten den Anspruch der KlÃ¤gerin ohnehin bereits erheblich Ã¼bersteigt (dazu unter 4.), wÃ¼rde allerdings

auch die Annahme einer weiteren VerzÃ¶gerung um drei Monate der Klage nicht zum Erfolg verhelfen.

20
aa) Das EntschÃ¤digungsgericht hat dem Ausgangsverfahren eine nur unterdurchschnittliche Bedeutung beigemessen. Dies ist revisionsrechtlich nicht zu beanstanden. Die Bedeutung eines Gerichtsverfahrens ergibt sich aus der allgemeinen Tragweite der Entscheidung fÃ¼r die materiellen und ideellen Interessen der Beteiligten. Entscheidend ist zudem, ob und wie sich der Zeitablauf nachteilig auf die Verfahrensposition des KlÃ¤gers und des von ihm geltend gemachten materiellen Rechts sowie mÃ¶glicherweise auf seine weiteren geschÃ¼tzten Interessen ausgewirkt hat (vgl BSG Urteil vom 26.10.2023 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 1/22Â RÂ â□□ zur VerÃ¶ffentlichung in SozRÂ 4 vorgesehen â□□Â juris RdNrÂ 23; BSG Urteil vom 12.12.2019 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 3/19Â RÂ â□□ SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 18 RdNrÂ 34; BSG Urteil vom 3.9.2014 â□□ B 10 Ã□G 2/13 R â□□ BSGE 117, 21 = SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 3, RdNrÂ 29).

21
Von diesen Ma□stÃ¤ben ausgehend war nach den Feststellungen des EntschÃ¤digungsgerichts (Â§Â 163 SGG) die Bedeutung des Verfahrens fÃ¼r die KlÃ¤gerin Ã¤u□erst gering. Denn der Beklagte des Ausgangsverfahrens hatte bereits vor Erhebung der UntÃ¤tigkeitsklage im Februar 2020 mit Bescheid von Dezember 2019 dem geltend gemachten materiellen Anspruch der KlÃ¤gerin entsprochen, sodass es â□□ wie das EntschÃ¤digungsgericht zu Recht ausgefÃ¼hrt hat â□□ im Kern nur noch um die Kosten des streitigen Widerspruchsverfahrens ging. Verfahren, die lediglich Nebenentscheidungen in Kostenfragen betreffen, haben aber im Regelfall nur eine untergeordnete Bedeutung (vgl BSG Urteil vom 12.12.2019 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 3/19Â RÂ â□□ SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 18 RdNrÂ 41; BSG Urteil vom 10.7.2014 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 8/13Â RÂ â□□ SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 2 RdNrÂ 31-33). Dass sich der Zeitablauf bzw die Dauer des Ausgangsverfahrens dennoch nachteilig auf die konkrete Verfahrensposition und die geschÃ¼tzten Interessen der KlÃ¤gerin ausgewirkt hat oder auch nur auszuwirken drohte, ist nicht ersichtlich. Zwar war die KlÃ¤gerin auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen. Sie behauptet aber selbst nicht, dass der ProzessbevollmÃ¤chtigte ihr gegenÃ¼ber bereits Honorarforderungen fÃ¼r seine TÃ¤tigkeit in dem streitigen Widerspruchsverfahren geltend gemacht hatte. Dass sie solche Forderungen auch noch nach erfolgreichem Abschluss des Widerspruchsverfahrens zu befÃ¼rchten hatte, erschlie□t sich im Hinblick auf die Kostenerstattungsregelung in Â§Â 63 AbsÂ 1 SGBÂ X nicht.

22
bb) Ebenso wenig revisionsrechtlich zu beanstanden ist die Annahme einer allenfalls durchschnittlichen Schwierigkeit des Verfahrens durch das EntschÃ¤digungsgericht. Im Kern ging es im Ausgangsverfahren â□□ wie oben bereits erwÃ¤hnt â□□ nur noch um die Frage, ob der KlÃ¤gerin die Kosten des Widerspruchsverfahrens zu erstatten sind. Allerdings hatte das Ausgangsgericht jedenfalls im Rahmen dieser Fragestellung inzident auch darÃ¼ber zu entscheiden, ob der Bewilligungsbescheid von Dezember 2019 von Amts wegen oder auf den Widerspruch der KlÃ¤gerin hin

ergangen war. Ob die materiell-rechtlichen PrÃ¤missen der Rechtsauffassung des Ausgangsgerichts im Rahmen der von der KlÃ¤gerin erhobenen UntÃ¤tigkeitsklage insoweit zutreffend waren, hat auch das Revisionsgericht im EntschÃ¤digungsverfahren grundsÃ¤tzlich nicht zu Ã¼berprÃ¼fen (vgl BSG Urteil vom 12.12.2019 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 3/19Â RÂ â□□ SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 18 RdNrÂ 37; BSG Urteil vom 3.9.2014 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 2/13Â RÂ â□□ BSGE 117, 21 =Â SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 3, RdNrÂ 36; BGH Urteil vom 15.12.2022 â□□Â IIIÂ ZR 192/21Â â□□ BGHZ 236, 10 â□□Â juris RdNrÂ 28).

23
cc) Das EntschÃ¤digungsgericht hat entgegen dem Vorbringen der KlÃ¤gerin ebenfalls revisionsrechtlich nicht angreifbar weitere InaktivitÃ¤tszeiten des Ausgangsgerichts verneint. Das betrifft zunÃ¤chst die Monate April und Mai 2020 wÃ¤hrend der ersten Welle der Corona-Pandemie. VerzÃ¶gerungen von Sozialgerichtsverfahren wÃ¤hrend des ersten Corona-Lockdowns von MÃ¤rz bis Mai 2020 sind generell nicht dem staatlichen Verantwortungs- und Einflussbereich zuzurechnen und kÃ¶nnen damit keinen EntschÃ¤digungsanspruch begrÃ¼nden (s hierzu BSG Urteil vom 11.6.2024 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 3/23Â RÂ â□□ zur VerÃ¶ffentlichung in BSGE und SozR vorgesehen). Dies gilt auch fÃ¼r den Monat September 2020, in dem das Ausgangsgericht auf seine Anfrage von August 2020 zu einer Entscheidung ohne mÃ¼ndliche Verhandlung eine Stellungnahme der KlÃ¤gerin abgewartet hatte (sogenannter â□□Stellungnahme-Monatâ□□; vgl hierzu BSG Urteil vom 24.3.2022 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 2/20Â RÂ â□□ BSGE 134, 18 =Â SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 22, RdNrÂ 30).

24
c) Bei der zu treffenden GesamtabwÃ¤gung aller UmstÃ¤nde des Einzelfalls ist das EntschÃ¤digungsgericht im dritten PrÃ¼fungsschritt zu Recht zu dem Ergebnis gekommen, dass die Verfahrensdauer die Ã¤uÃ□erste Grenze des Angemessenen deutlich Ã¼berschritten und deshalb das Recht der KlÃ¤gerin auf Rechtsschutz in angemessener Zeit verletzt hat (vgl BSG Urteil vom 7.9.2017 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 1/16Â RÂ â□□ BSGE 124, 136 =Â SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 16, RdNrÂ 33). Zutreffend ist das EntschÃ¤digungsgericht von einer entschÃ¤digungspflichtigen Ã□berlÃ¤nge des Ausgangsverfahrens von elf Kalendermonaten ausgegangen.

25
Nach stÃ¤ndiger Rechtsprechung des BSG ist dem Ausgangsgericht â□□Â vorbehaltlich besonderer UmstÃ¤ndeÂ des Einzelfalls â□□ eine Vorbereitungs- und Bedenkzeit von bis zu zwÃ¶lf Monaten je Instanz (Verfahren) zuzubilligen, die fÃ¼r sich genommen noch nicht zu einer unangemessenen Verfahrensdauer fÃ¼hrt, selbst wenn sie nicht durch konkrete VerfahrensfÃ¶rderungsschritte begrÃ¼ndet und gerechtfertigt werden kann (zB BSG Urteil vom 24.3.2022 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 4/21Â RÂ â□□ BSGE 134, 32 =Â SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 21, RdNrÂ 21 mwN). Auf Grundlage einer wertenden Gesamtbetrachtung aller EinzelfallumstÃ¤nde, vor allem mit Blick auf die Kriterien des Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 2 GVG, kann es aber geboten sein, von diesem Orientierungs- oder Regelwert abzuweichen und gar keine, eine kÃ¼rzere oder eine lÃ¤ngere Vorbereitungs- und Bedenkzeit anzusetzen (zB BSG Urteil vom 12.2.2015 â□□Â BÂ 10Â Ã□G

7/14Â RÂ â□□ SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 10 RdNrÂ 38; BSG Urteil vom 3.9.2014 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 12/13Â RÂ â□□ SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 4 RdNrÂ 56).

26
Von diesen MaÃ□stÃ¤ben ausgehend ist es revisionsrechtlich nicht zu beanstanden, dass das EntschÃ¤digungsgericht dem Ausgangsgericht im Fall der KlÃ¤gerin fÃ¼r das Verfahren der UntÃ¤tigkeitsklage nach Â§Â 88 SGG (nur) sechs Monate Vorbereitungs- und Bedenkzeit zugestanden hat. FÃ¼r ein solches Verfahren ist â□□Â vorbehaltlich besonderer UmstÃ¤nde des EinzelfallsÂ â□□ nur eine regelhafte Vorbereitungs- und Bedenkzeit von sechs Monaten angemessen (gegen eine Differenzierung zu anderen Klageverfahren BFH Urteil vom 16.11.2022 â□□Â XÂ K 1, 2/21Â â□□ juris RdNrÂ 36, der auch bei finanzgerichtlichen UntÃ¤tigkeitsklagen typisierend davon ausgeht, dass das Finanzgericht erst gut zwei Jahre nach Klageeingang mit MaÃ□nahmen beginnen muss, die das Verfahren einer Entscheidung zufÃ¼hren sollen). Der vom BSG aus der typischen Struktur und Gestaltung sozialgerichtlicher Hauptsacheverfahren abgeleitete Orientierungswert fÃ¼r die Vorbereitungs- und Bedenkzeit von zwÃ¶lf Monaten lÃ¤sst sich nicht vollstÃ¤ndig auf das regelmÃ¤Ã□ig einfacher strukturierte Verfahren der UntÃ¤tigkeitsklage nach Â§Â 88 SGG Ã¼bertragen. Diese ist lediglich darauf gerichtet, eine Verwaltungsentscheidung Ã¼ber einen Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsakts oder Ã¼ber einen Widerspruch herbeizufÃ¼hren, ohne dass wesentliche gerichtliche Ermittlungen erforderlich oder materiell-rechtliche Fragestellungen zu klÃ¤ren sind (vgl auch Kellner, NZS 2024, 320 mwN). Das Gericht muss nur feststellen, ob ein zureichender Grund fÃ¼r die fehlende Bescheidung vorliegt, insoweit liegt die Darlegungs- und Beweislast bei der BehÃ¶rde (BSG Urteil vom 8.12.1993 â□□Â 14aÂ RKa 1/93Â â□□ BSGE 73, 244 =Â SozR 31500 Â§Â 88 NrÂ 1 â□□ juris RdNrÂ 28). Macht diese nicht (schlÃ¼ssig) einen Hinderungsgrund geltend, kann sie ohne Weiteres zur unverzÃ¼glichen Bescheiderteilung verurteilt werden. Stellt das Gericht einen zureichenden Grund fÃ¼r die bisherige Nichtbescheidung fest, hat es das Verfahren gemÃ¤Ã□ Â§Â 88 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGG auszusetzen.

27
Zudem zielt die UntÃ¤tigkeitsklage mit einer bei Nichtbescheidung eines Antrags auf Vornahme eines Verwaltungsakts sechsmonatigen und bei Nichtbescheidung eines Widerspruchs dreimonatigen Wartefrist (Â§Â 88 AbsÂ 1 SatzÂ 1 und AbsÂ 2 SGG) auf die Beschleunigung des Verwaltungsverfahrens ab und stellt damit â□□Â ebenso wie eine EntschÃ¤digungsklageÂ im gerichtlichen Verfahren â□□ eine wirksame RechtsschutzmÃ¶glichkeit iS von ArtÂ 13 EMRK gegen unangemessene VerzÃ¶gerungen im behÃ¶rdlichen Verfahren dar (vgl BVerwG Urteil vom 11.7.2013 â□□Â 5Â C 23.12Â DÂ â□□ BVerwGE 147, 146 â□□Â juris RdNrÂ 24; BFH Beschluss vom 26.7.2021 â□□Â XÂ S 18/12 Â â□□ juris RdNrÂ 5). Vor diesem Hintergrund wÃ¼rde eine regelhafte Vorbereitungs- und Bedenkzeit von zwÃ¶lf Monaten dem Zweck der UntÃ¤tigkeitsklage zuwider laufen. Denn (auch) diese dient der Verwirklichung effektiven Rechtsschutzes iS von ArtÂ 19 AbsÂ 4 SatzÂ 1 GG mit der besonderen Zielsetzung, den BÃ¼rger vor der BeeintrÃ¤chtigung seiner Rechte durch UntÃ¤tigkeit einer BehÃ¶rde zu schÃ¼tzen. Mit der UntÃ¤tigkeitsklage wird das in Â§Â 9 SatzÂ 2 SGBÂ X geregelte behÃ¶rdliche

Verfahrensbeschleunigungsgebot zum klagbaren Recht, indem diese Klageart nach Ablauf einer angemessenen Frist eine gerichtliche KontrollmÃ¶glichkeit erÃ¶ffnet (vgl Claus in Schlegel/Voelzke in jurisPK-SGG, 2.Â Aufl 2022, Â§Â 88 RdNrÂ 7 mwN). Dies fÃ¼hrt jedoch nicht dazu, dass fÃ¼r ein solches Verfahren keine angemessene gerichtliche Bearbeitungszeit mehr zu berÃ¼cksichtigen wÃ¤re. Auch fÃ¼r Verfahren der UntÃ¤tigkeitsklage kann eine von der chronologischen Reihenfolge abweichende Priorisierung und Kategorisierung erforderlich sein, sodass eine regelhafte Vorbereitungs- und Bedenkzeit von sechs Monaten angemessen ist. Besondere EinzelfallumstÃ¤nde, die eine Abweichung von dieser regelhaften Vorbereitungs- und Bedenkzeit fÃ¼r die UntÃ¤tigkeitsklage im vorliegenden Ausgangsverfahren rechtfertigen kÃ¶nnten, hat weder das EntschÃ¤digungsgericht festgestellt, noch haben die Beteiligten solche geltend gemacht.

28
3. Offenbleiben kann, ob im Fall der KlÃ¤gerin eine Wiedergutmachung auf andere Weise durch die Feststellung einer unangemessenen Verfahrensdauer ausgereicht hÃ¤tte (Â§Â 198 AbsÂ 2 SatzÂ 2 iVm AbsÂ 4 SatzÂ 1 GVG). Jedenfalls ist es revisionsrechtlich nicht zu beanstanden, dass das EntschÃ¤digungsgericht den in Â§Â 198 AbsÂ 2 SatzÂ 3 GVG vorgesehenen Pauschbetrag nach Â§Â 198 AbsÂ 2 SatzÂ 4 GVG von jÃ¤hrlich 1200 Euro und damit monatlich 100Â Euro EntschÃ¤digung auf 50Â Euro halbiert hat.

29
Nach Â§Â 198 AbsÂ 2 SatzÂ 4 GVG kann von dem in Â§Â 198 AbsÂ 2 SatzÂ 3 GVG vorgesehenen Regelbetrag von 1200Â Euro fÃ¼r jedes Jahr der VerzÃ¶gerung eines Verfahrens nach oben oder nach unten abgewichen werden, wenn dieser Betrag nach den UmstÃ¤nden des Einzelfalls unbillig ist. Allerdings erÃ¶ffnet Â§Â 198 AbsÂ 2 SatzÂ 4 GVG diese MÃ¶glichkeit nur unter besonderen UmstÃ¤nden, dh in Ausnahme- oder atypischen SonderfÃ¤llen (stRspr; zB BSG Urteil vom 7.9.2017 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 1/16Â RÂ â□□ BSGE 124, 136 =Â SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 16, RdNrÂ 50; BSG Urteil vom 12.2.2015 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 11/13Â RÂ â□□ BSGE 118, 102 =Â SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 9, RdNrÂ 39-41; BSG Urteil vom 3.9.2014 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 2/14Â RÂ â□□ SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 5 RdNrÂ 53 unter Hinweis auf BT-Drucks 17/3802 SÂ 20). Das zu beurteilende Ausgangsverfahren muss sich infolgedessen durch eine oder mehrere entschÃ¤digungsrelevante Besonderheiten in tatsÃ¤chlicher oder rechtlicher Hinsicht von anderen Verfahren abheben (vgl BSG Urteil vom 12.2.2015 â□□Â aaO; BGH Urteil vom 6.5.2021 â□□Â IIIÂ ZR 72/20Â â□□ BGHZ 230, 14 â□□Â juris RdNrÂ 18). Dabei kann der legitime Zweck der Pauschalierung zur Entlastung der Gerichte nur bei einer BeschrÃ¤nkung auf objektive Gesichtspunkte erreicht werden (BSG Urteil vom 7.9.2017 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 1/16Â RÂ â□□ aaO, RdNrÂ 51). Hierzu gehÃ¶ren neben einer nur kurzzeitigen VerfahrensverzÃ¶gerung auch eine Ã¤uÃ□erst geringe Bedeutung des Ausgangsverfahrens fÃ¼r den KlÃ¤ger (vgl BSG Urteil vom 12.2.2015 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 11/13Â RÂ â□□ aaO, RdNrÂ 39-41), die sich ihrerseits wiederum ua in einem sehr geringen wirtschaftlichen Interesse des KlÃ¤gers am Ausgang des Ã¼berlang dauernden Verfahrens widerspiegeln kann (vgl OLG Hamm Urteil vom 10.8.2016 â□□Â 11 EK 5/15Â â□□ juris RdNrÂ 42). Letzteres war hier der Fall. Zwar ist der KlÃ¤gerin zuzugestehen, dass die Ã□berlÃ¤nge des Ausgangsverfahrens

nicht nur kurzzeitig gewesen ist. Allerdings war die Bedeutung des Verfahrens fÃ¼r sie â□□ wie oben ausgefÃ¼hrt â□□ Ã¤uÃ□erst gering. Denn zum einen hatte der Beklagte ihrem materiellen Anspruch bereits vor Erhebung der UntÃ¤tigkeitsklage entsprochen, und zum anderen ist nicht ersichtlich, dass sich der Zeitablauf bei der hier vorliegenden besonderen Verfahrenskonstellation auf wirtschaftliche oder sonstige Interessen der KlÃ¤gerin nachteilig ausgewirkt hÃ¤tte.

30
4. Damit verbleibt fÃ¼r die KlÃ¤gerin bei elf Monaten der InaktivitÃ¤t des Ausgangsgerichts ein Anspruch auf GeldentschÃ¤digung wegen der Ã□berlÃ¤nge des Ausgangsverfahrens in HÃ¶he von 550Â Euro (11 xÂ 50Â Euro), der aufgrund der bereits geleisteten EntschÃ¤digung des Beklagten in HÃ¶he von 800Â Euro erfÃ¼llt ist.

31
C.Â Die Kostenentscheidung folgt aus Â§Â 197a AbsÂ 1 SatzÂ 1 TeilsatzÂ 3 SGG iVm Â§Â 154 AbsÂ 2 VwGO. Danach fallen die Kosten eines ohne Erfolg eingelegten Rechtsmittels demjenigen zur Last, der es eingelegt hat.

32
D.Â Die Streitwertfestsetzung beruht auf Â§Â 197a AbsÂ 1 SatzÂ 1 TeilsatzÂ 1 SGG iVm Â§Â 63 AbsÂ 2 SatzÂ 1, Â§Â 47 AbsÂ 1, Â§Â 52 AbsÂ 1 und 3 SatzÂ 1 GKG. Sie ergibt sich aus der von der KlÃ¤gerin mit der Revision geltend gemachten EntschÃ¤digungssumme.

Erstellt am: 28.10.2024

Zuletzt verändert am: 21.12.2024